



„In den USA würde Präsident Trump gerne einen Mafia-Staat errichten. Aber die lebendige Zivilgesellschaft steht dem entgegen.“

Der milliardenschwere US-Investor George Soros in Davos

15 Minuten und 50 Sekunden

dauerte die Rede von US-Präsident Donald Trump vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Zwischendurch erntete der US-Präsident auch Lacher. Etwa als er bemerkte, unter einer demokratischen Führung wären die Aktienkurse um knapp 50 Prozent gefallen. Unter ihm seien die Kurse aber um 50 Prozent gestiegen.

Widerstand gegen Trumps Einwanderungspolitik

WASHINGTON (APA/Reuters). US-Präsident Donald Trump stößt mit seinem Vorschlag zur Einwanderungspolitik der USA auf massiven Widerstand. Demokraten und Bürgerrechtler kritisierten seinen Vorstoß als „schlechtes Tauschgeschäft“, das auf eine dramatische Verschärfung der Einwanderungspolitik hinauslaufe. Konservative Gruppen bemängelten, Trumps Plan komme einer Amnestie für Zehntausende ohne Aufenthaltserlaubnis gleich.



Trump hatte vorgeschlagen, Einwanderern, die als Kinder illegal in die USA kamen, die Staatsbürgerschaft anzubieten. Im Gegenzug verlangt er aber vom US-Kongress zusätzliche Milliarden für die Grenzsicherung durch eine Mauer zu Mexiko.

Trump äußerte sich in einem am Freitag verbreiteten Interview des Senders CNBC zuversichtlich, dass zumindest die Verfechter einer strikteren Einwanderungspolitik in seiner Partei sein Vorhaben unterstützen werden. „Sie haben sich wirklich viel bewegt, und ich glaube, sie sind willens, sich noch mehr zu bewegen, und das bin ich auch.“

Für Schulz kommt Verzicht auf Ministerjob nicht in Frage

BERLIN (dpa). SPD-Chef Martin Schulz ist laut einem Medienbericht nicht zum Verzicht auf einen Ministerposten in einer künftigen Regierung bereit. Vor dem Hintergrund parteiinterner Appelle in diese Richtung habe Schulz gegenüber mehreren Mitgliedern der Parteispitze zu verstehen gegeben, dass ein Verzicht für ihn nicht infrage komme, berichtete „Der Spiegel“ am Freitag. Vor dem Parteitag am vergangenen Sonntag hätten mehrere führende Sozialdemokraten Schulz' Bereitschaft getestet, Parteivorsitz und Regierungsbüro zu trennen. Schulz habe abgelehnt. „Er ist da entschieden“, zitierte das Magazin einen Parteivize. Offen sei nur, welches Ressort Schulz anstrebe. Es wird damit gerechnet, dass er das Außenamt für sich beanspruchen würde oder das Finanzministerium.



Martin Schulz (63)

APA/afp

Die SPD wollte den Bericht auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur nicht kommentieren. Offiziell lautet die Ansage:

erst die Inhalte, dann Personalfragen. Seit Tagen drängeln einige Sozialdemokraten aber hinter den Kulissen, Schulz möge öffentlich den Verzicht auf einen Ministerposten in einer weiteren großen Koalition erklären – zur Stärkung des Parteiprofils und als Glaubwürdigkeitsbeweis. Nach der Bundestagswahl hatte Schulz erklärt, er werde nicht in ein Kabinett Merks eintreten. Nach Abschluss der Sondierungsgespräche schloss er das auf Nachfragen aber nicht mehr ausdrücklich aus.



US-Präsident Donald Trump macht auf dem Weltwirtschaftsforum Werbung für Investitionen in den USA.

APA/afp

Im Bann von „America First“

TRUMP-REDE IN DAVOS: US-Präsident wirbt mit Nachdruck für sein Land – Viel Lob für Steuerreform

DAVOS (dpa). US-Präsident Donald Trump hat beim Weltwirtschaftsforum in Davos die Unternehmen der Welt zum Investieren in den USA eingeladen. „Nie war die Zeit besser, um einzustellen, zu wachsen und zu investieren“, sagte Trump in seiner mit Spannung erwarteten Rede bei dem Forum in Davos.

„Jetzt ist die perfekte Zeit, Ihren Betrieb und Ihre Investitionen in die Vereinigten Staaten zu bringen“, sagte er vor mehreren hundert Vertretern der Wirtschafts- und Finanzelite im Publikum. „Amerika ist der Platz zum Geschäftemachen.“

Zuvor hatten zahlreiche Unternehmer, darunter Siemens-Chef Joe Kaeser, Trump für seine

Steuerreform gelobt. Klaus Schwab, der Gründer des Weltwirtschaftsforums, schlug bei seiner Ansprache die gleichen Töne an: Die Steuerreform werde die Weltwirtschaft ankurbeln, sagte er an Trump gerichtet.

Harte Linie bei Freihandel

Trump hat bei seinem Auftritt eine Rückkehr seines Landes zum Transpazifischen Handelsabkommen TPP nicht ausgeschlossen. Die USA würden über Freihandelsabkommen mit vielen Ländern nachdenken, darunter auch den TPP-Ländern. „Vielleicht auch als Gruppe“, fügte Trump an. Kanada und Japan hatten angekündigt, dass das Abkommen zwischen 11 pazifischen Ländern im März unterzeichnet werden soll.

Trump kündigte allerdings

auch eine harte Linie bei der Überwachung der Regeln für den Freihandel an. „Wir werden nicht länger wegsehen“, sagte Trump. „Wir können keinen fairen und freien Handel haben, wenn einige Länder die Regeln brechen“, sagte Trump.

Zugleich warb er für ein neues System der Einwanderung in die Vereinigten Staaten. „Unser Einwanderungssystem steckt in der Vergangenheit fest“, sagte Trump. Er forderte eine Umstellung auf einen leistungsabhängigen Ansatz, wonach Menschen vor allem nach ihren Fähigkeiten ausgewählt würden. In den USA streiten regierende Republikaner und Demokraten, deren Mitwirkung an der Gesetzgebung nötig ist, derzeit heftig über neue Regeln zur Einwanderung.

Insgesamt diskutierten in Da-

vos mehr als 3000 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine Woche lang unter dem Motto „Für eine gemeinsame Zukunft in einer zerrütteten Welt“. Dabei hatten prominente Redner wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, Indiens Regierungschef Narendra Modi und der kanadische Ministerpräsident Justin Trudeau mit Nachdruck für Freihandel und Globalisierung geworben – und sich damit indirekt gegen Trumps viel kritisierte Abschottungspolitik gestellt.

© Alle Rechte vorbehalten



EUROPA-SPLITTER

Brüssel und die Rechtskontrolle

EU-KOMMISSION: Institution, die Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten eröffnet

Vorgestern hat die EU-Kommission ihr monatliches „Paket“ an Beschlüssen vorgelegt, mit denen sie gegen Mitgliedstaaten vorgeht, die sich nicht an EU-Regeln halten.

Österreich wurde etwa aufgefordert, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen den Rechtsschutz zu verbessern. Auch die EU-Vorschriften zum Austausch von Beweismitteln innerhalb der EU scheinen in Österreich mangelhaft umgesetzt: Das Land wird gebeten, die sogenannte „Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen“ ordentlich umzusetzen. Sie dient der europaweiten Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung.

Italien wird gerügt, da es die EU-Vorschriften zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich nicht korrekt anwendet. Verteidigungsaufträge wurden direkt an inländische Anbieter vergeben, ohne diese in der entsprechenden Datenbank „Tenders Electronic Daily (TED)“ öff-



Blick auf den Hauptsitz der EU-Kommission in Brüssel

fentlich zu machen. Darüber hinaus fordert die EU-Kommission Italien auf, EU-Ausländer nicht mehr von gewissen Steuererleichterungen beim Wohnungskauf auszuschließen. Schließlich droht die EU-Kommission Italien mit einer Klage beim Gerichtshof der EU, wenn nicht binnen 2 Monaten die EU-Lärmrichtlinie umgesetzt wird. Diese Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Lärmkarten zu erstellen, die die Lärmbelastung in größeren Ballungsräumen und entlang wichtiger Ver-

kehrsadern aufzeigen.

Derartige „Vertragsverletzungsverfahren“ werden von der Kommission angewandt, wenn ein Mitgliedsstaat nicht mitteilt, welche Maßnahmen er zur vollständigen Umsetzung einer EU-Richtlinie gesetzt hat oder wenn er einen mutmaßlichen Verstoß gegen das EU-Recht nicht behebt. Das Verfahren läuft in mehreren Schritten ab und mündet nur selten in einen Fall vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Lässt sich die Sache nicht informell regeln, so

stellt die Kommission dem Land ein „Aufforderungsschreiben“ zu. In diesem wird es gebeten, die Situation zu klären.

Nur wenn diese Informationen nicht einlangen oder nicht zufriedenstellend sind, kommt es zur nächsten Stufe: Die Kommission gibt eine sogenannte „mit Gründen versehene Stellungnahme“ ab. Der Staat hat nun in aller Regel 2 Monate Zeit, die rechtswidrige Situation zu beheben und die Kommission über die getroffenen Maßnahmen zu unterrichten. Geschieht dies nicht, so kann die EU-Kommission die Angelegenheit vor den Europäischen Gerichtshof bringen, der dann feststellt, ob eine Verletzung vorliegt, und gegebenenfalls Sanktionen verhängt.

Italien hält den Rekord, was die Häufigkeit eingebrachter Vertragsverletzungsverfahren angeht: Weit über 600 Klagen hat sich Italien über den Lauf der Jahrzehnte eingehandelt – weit mehr als jeder andere EU-Mitgliedsstaat.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN...

... Gabriel Toggenburg



Ist das die ganze Wahrheit?

Toggenburg: Es gibt Schattenseiten. Zum einen hat die EU nicht die Möglichkeit, von allen Rechtsbrüchen zu erfahren. Und selbst wenn sie das hätte, so wäre es gänzlich unmöglich, all diesen Rechtsbrüchen nachzugehen. Das würde den juristischen Dienst der Kommission hoffnungslos überschwemmen. Und man muss auch sagen, dass die Kommission ein recht breites Ermessen hat, ob sie gegen einen Mitgliedstaat vorgeht oder nicht. Und das nützt sie auch.

„D“: Ist das Verfahren also politischer Natur?

Toggenburg: Nein. Dennoch können politische Überlegungen am Beginn eines Vertragsverletzungsverfahrens eine Rolle spielen. Deshalb hat der EU-Ombudsmann gefordert, dass die EU-Kommission begründen müsste, warum sie zum Beispiel einer Beschwerde nicht nachgeht.

© Alle Rechte vorbehalten

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.

„D“: Warum das?

Toggenburg: Die Strategie der EU-Kommission war es, nur dann zu klagen, wenn sie ihrer Sache sehr sehr sicher war. So kam es dazu, dass die Kommission in 90 von 100 Fällen die Gerichtsverfahren gegen die Mitgliedstaaten gewinnt. Das hat eine beachtliche Autorität geschaffen.

„D“: Klingt beeindruckend.